

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Mai 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinerale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 59.

## Arbeitsnachweis betreffend.

Unsre Arbeitsnachweise sind so gut eingerichtet, daß man eigentlich nie Ursache haben müßte, sie in den „Korr.“ zu bringen. Das aber, was ich hier sagen will, betrifft eigentlich nicht die Arbeitsnachweise selbst, sondern die tarifirenden Gehilfen, die die Arbeitsnachweise in Anspruch genommen haben und nehmen müssen. Trotz dem § 20 Abs. 2 der „Bestimmungen für die Arbeitsnachweise“ besagt, daß die Eintragung in denselben nur am ersten Tage der Konditionslosigkeit und nicht schon während der Kündigungsfrist erfolgt, unterlassen viele Kollegen, danach zu handeln. Namentlich sind es hier die nicht am Siege des Arbeitsnachweises wohnenden Gehilfen, die sich oft schon während ihrer Kündigungsfrist anmelden. Schreiber dieses ist vor Jahren folgendes selbst passiert:

Ich war etwa drei Wochen arbeitslos, lebte und wurde an einem Wochentage nach einem entfernten Ort vom Verwalter des Nachweises geschickt, um noch mit einem andern Kollegen in ein und derselben Druckerei anzufangen. Jedoch — trotzdem ich sofort von meinem Aufenthaltsort abreiste und sogar eine Nacht dort geschlafen — konnte ich nicht anfangen, da, nach des Prinzipals Meinung, der Verwalter falsch verstanden hätte. Ich mußte also wieder heimziehen. Auf dem Nachweis aber erfuhr ich, daß den Verwalter nicht die geringste Schuld traf. Der Prinzipal hatte in der vergangenen Woche einen Gehilfen vom Nachweise gewünscht und der Verwalter hatte denn auch sofort — der Reize nach gehend — einen auswärtig wohnenden Gehilfen geschickt, er solle sich dort am andern Tag einstellen. Statt nun auch pünktlich zu erscheinen, sandte der Gehilfe dem Prinzipal eine „Karte“ mit dem Ersuchen um Mitteilung, ob er denn einige Tage später eintreten könne, er sei noch in Kondition und könne nicht fort! Inzwischen freilich hatte der Prinzipal eine zweite Kraft gebraucht; er klingelte beim Arbeitsnachweis an und teilte sogleich mit, daß der erste Gehilfe noch nicht eingetroffen wäre. Der Verwalter, dem Prinzipale geredt werden wollend, sandte also deshalb zwei. Als wir nun ankamen, erklärte der Prinzipal mit Bedauern, nur einen von uns einstellen zu können, da er dem andern Herrn noch bis übermorgen Frist gegeben hatte. Ich als jüngster ging also meines Wegs zurück. Trotzdem ich nun die ziemlich großen Kosten durch die Gattasse für die Säfte zurückverhaftet bekam, hatte der Verwalter doch noch ziemlich genug Arbeit durch die Umschreiberei. Und das alles nur durch eine Nichtsichtigkeit des einen Kollegen.

Dieser eine Fall genügt wohl, um zu zeigen, wie oft durch unkorrektes Verhalten von Kollegen das Ansehen der Arbeitsnachweisverwalter herabgewürdigt werden kann. Jeder andre Kollege würde nun dem Verwalter Vorwürfe darüber gemacht haben, daß er ohne weiteres mich geschickt hatte. Ich aber nahm die Sache, wie sie war. Der Verwalter hat hoffentlich damals die nötigen Schritte getan. So gut, wie in der Note des Kommentars die rechtzeitige Abmeldung verlangt wird, so gut müßte man auch die vorzeitige Anmeldung verbieten.

Meines Erachtens ist dem Übel nur entgegenzutreten, wenn für alle Gehilfen, die konditionslos werden, die Ausweisarten (Note 60) mit der nötigen Veränderung eingeführt werden. Nur die Gehilfen, die eine solche Karte vorzeigen oder einfinden, werden dann beim Arbeitsnachweis — auch dem Übel, sich auf zwei Nachweisen anzumelden, wird so entgegengetreten — eingetragen. Die Herren Prinzipale füllen dann auch gern in ihrem eignen Interesse diese Art Karten aus. Es wäre mir angenehm, zu vernehmen, daß das Tarifamt bald auf diesen Vorschlag einging und die näheren Anordnungen dazu traf.

Caligula.

„... Zumal 400000 christlich organisierte Arbeiter hinter uns stehen...“ (Typograph.)

Ein Fall, wie er wohl in der Geschichte des deutschen Buchdruckerwesens einzig dasteht, hat sich vor etlichen Tagen in Ruhrover abgespielt.

Seit Ende vorigen Jahres stehen drei Gutenbergbündler in der Druckerei der „Volkszeitung“. Einer dieser

Gehilfen hatte sich, obwohl ihm von niemand etwas in den Weg gelegt, gezwungen gesehen, aus dem Verband auszutreten. In der Weihnachtswoche wurde einem Verbandsmitglied wegen Arbeitsmangel gekündigt, aber schon nach acht Tagen trat an dessen Stelle ein Gutenbergbündler, welcher es in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann an Agitation für den Bund nicht fehlen ließ. Wegen verbandsschädigenden Treibens wurde nun ein Mitglied aus unsrer Organisation ausgeschlossen; dieses suchte und fand auch Aufnahme in den „alleinlich-machenden“ Gutenbergbund. Dieser Ausschluß war dann für den „Typograph“ ein gesundes Freiszen. In mehreren Artikeln beschäftigte er sich mit dieser Angelegenheit, worin alles Erdenkliche zusammengelogen wurde, was ihm auch eine Berichtigung unsererits einbrachte.

Als nun die „Sauregurkenzeit“ begann, wurde den zuletzt eingestellten zwei Gutenbergbündlern — nach Ausspruch des Prinzipals zwei ganz unbrauchbare Kräfte — am 1. Mai wegen Arbeitsmangel gekündigt.

Da hatte aber der Verleger der „Volkszeitung“ die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Noch am selben Tage verbreitete sich das „Gerücht“ von der Kündigung der christlichen Buchdrucker wie ein Lauffeuer in der Reihe der christlichen Gewerkschaften sowie in den katholischen Vereinen. Im Laufe der nächsten Woche fand schon eine Besprechung mit dem Verleger der „Volkszeitung“ statt, in der diesem anheimgegeben wurde, die Kündigungen zurückzunehmen, anscheinend ohne Erfolg. Nunmehr fanden Versammlungen statt, in denen man gegen die „unversämte Handlungsweise“ des Verlegers der „Volkszeitung“ protestierte. Man beehrte sich hier des „Ausdrucks“: „Die sozialdemokratischen Verbände können stehen bleiben, aber die christlichen Gutenbergbündler müssen heraus.“ Es wurde dann eine neue Kommission gewählt, bestehend aus den Führern der christlichen Gewerkschaften und anderen Spitze der katholische Arbeitersekretär, die nochmals energisch die Zurücknahme der Kündigungen forderte, widrigenfalls die Zentrumspresse des Bezirks boykottiert würde. Welchen Erfolg nun diese letzte Auseinandersetzung hatte, wissen wir nicht. Von christlicher Seite kam uns aber zu Ohren, daß sich der Verleger der „Volkszeitung“ unterschriftlich verpflichtet hätte, bei Neueinstellungen nur noch christliche Gutenbergbündler zu berücksichtigen. Anscheinend hatte man dem Verleger nur eine kurze Frist gestellt, denn schon am darauffolgenden Samstag erhielten drei Verbandsmitglieder wegen Arbeitsmangel den „Sack“, trotzdem in der schlechten Zeit der Vorjahre gerade so viel oder noch mehr Personal beschäftigt war. Und daß bei einer täglich erscheinenden Zeitung von acht bis zehn Seiten zwei Inseratensetzer nicht ausreichen, wird sich wohl jeder denken können.

Wie nun die Sache weiter läuft, wird uns die Zukunft lehren müssen. Zum Schluß wollen wir aber noch bemerken, daß die Gutenbergbündler sich alle Mühe gaben, während ihrer Kündigungszeit die Verbandsmitglieder beim Verleger der „Volkszeitung“ schlecht zu machen.

## Korrespondenzen.

**Bautzen.** Der hiesige Ortsverein hielt am 8. Mai seine Monatsversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zum Goutage. Beschlossen wurde, dem Goutage folgenden Antrag zu unterbreiten: „Der Goutage wolle den Goutagevorstand beauftragen, zwecks Abschlußes von Gegenseitigkeitsverträgen mit andern Gauen in Verbindung zu treten.“ Der Vorsitzende gab bekannt, daß von einem verstorbenen Kollegen der Bibliothek 140 Bände gestiftet wurden. — Im Anschluß an die Versammlung fand zu Ehren des Kollegen Schreiber, anlässlich dessen 50-jährigen Berufsjubiläums ein Kommerz statt. Im Verlaufe desselben ehrte der Vorsitzende den Kollegen Schreiber durch eine Ansprache und überreichte ihm im Namen des Ortsvereins einen Spazierstock mit silbernem Griff und Widmung und im Namen des Goutagevorstandes ein Glückwunschkarte mit Inhalt. Hierauf dankte der Jubilar in bewegten Worten für die vielen ihm allerorts dargebrachten Ehrungen. Möge es unsern „Alten“ noch lange vergönnen sein, in voller Rüstigkeit an unserm Berufsleben teilzunehmen!

**Bautzen.** Am 8. Mai feierte der in den Kreisen der Oberlausitz bestens bekannte Buchdruckermeister Herr Paul Ronse, Verleger der „Baugener Nachrichten“

sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Schon am frühen Morgen wurde der Jubilar durch ein Ständchen unsers Gesangvereins Typographia überrascht. Hieran schloß sich die Beglückwünschung durch das Personal mit Überreichung eines etwa 1 Meter hohen, künstlerisch ausgeführten Gutenberg-Bildes in prächtigem Florentiner Rahmen, mit Widmung versehen. Das Bild ist aus der Kunstausstellung von M. Schmitz, Leipzig-Reudnitz, hervorgegangen und fand allseitige Anerkennung.

**Berlin.** (Vereinsversammlung am 13. Mai.)

Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der die Versammlung leitende zweite Vorsitzende Ulrich zunächst Kenntnis von den leider wieder notwendig gewordenen zahlreichen Ausschüssen wegen rezitierender Beiträge. Er bemerkte dabei, daß bedauerlicherweise die mehrfach erfolgten Mahnungen von vielen säumigen Beitragszahlern gar nicht beachtet würden, so daß eben zum Ausschlusse gezwungen werden müsse. Erst wenn dieser dann vollzogen sei, fänden die betreffenden den Weg zum Vorstande, um unter allerlei Entschuldigungsgründen für das Entsetzen der Reste die Zurücknahme des Ausschusses zu erbitten. Dies könne jedoch nur in besonderen Fällen geschehen, weshalb die Restanten sich stets die Folgen ihrer säumigen Beitragszahlung vor Augen halten müssen.

Unter Hinweis auf die vom Goutagevorstande zum 16. Mai einberufene erste Lehrlingsversammlung besprach der Vorsitzende ferner das in neuerer Zeit zutage tretende Bestreben der verschiedenen Organisationen, die Lehrlinge bzw. jugendlichen Arbeiter aufzuklären und sie vorzubereiten auf den Anschluß an die Organisation. Es sei wohl uns nicht verächtlich, die Lehrlinge etwa wie bei verschiedenen andern Gewerkschaften zu organisieren, sie in einer besonderen Lehrlingsabteilung zusammenzuschließen, wohl aber wollen wir uns bemühen, einen gesunden, tüchtigen Nachwuchs heranzuziehen, der später dem Organisationsgedanken nicht mehr fremd gegenübersteht. Erfolgreichere hätten sich ja bisher schon in unserm Bereiche die Neuauslernenden immer fast ausnahmslos dem Verband angeschlossen, obwohl der Gutenbergbund sie vielfach in nachdrücklichster Weise für sich zu gewinnen suchte und hierbei anscheinend in einzelnen Fällen ein ganz stupelloses Verfahren eingeschlagen habe. Es sei dem Goutagevorstande nämlich mehrfach mitgeteilt worden, daß Gutenbergbündler die Eltern von jungausgelernten Kollegen, welche dem Verbande beitreten wollten, auffuchten und auf sie einwirkten, ihre Söhne von dem Beitritte zum „sozialdemokratischen“ Verband abzuhalten. Hoffentlich werde es möglich sein, hierfür noch positive Beweise durch Feststellung der Namen und Bundesmitgliedschaft jener Eltern zu erhalten, so daß eine entsprechende öffentliche Kennzeichnung dieser neuen Werbemittel für den Gutenbergbund erfolgen könne.

Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Gerichtsverhandlung gegen den Gezer Albert Grimm, der den Verein durch betrügerischen Unterstützungsbezug um etwa 500 Mk. schädigte, nunmehr stattgefunden habe. Der zurzeit wegen eines Diebstahls in Straffast befindliche Grimm sei wegen des Betrugs zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Dieses außerordentlich milde Urteil in einem solchen dreifachen Betrugsfalle stehe natürlich mit unsrer Beurteilung der Tat nicht in Einklang und sei auch nicht geeignet, unlaute Elemente von der Plünderung der Unterstützungsstellen einer Gewerkschaft abzuhalten. Des weitern wurde mitgeteilt, daß die am 1. Januar d. J. aus dem Obergau übergetretenen Mitglieder nunmehr auch ihre „Mitgift“ erhalten haben, indem der Obergau das anteilige Vermögen im Betrage von 944,46 Mk. an unsre Gattasse überführt habe. Der neueste Jahresbericht der Ortskrankenkasse für das Buchdruckerberufes erfuhr eine kurze Besprechung, in der besonders hervorgehoben wurde, daß die Kasse infolge der wirtschaftlichen Krise im letzten Jahre zum ersten Male seit ihrem Bestehen einen Rückgang im Mitgliederbestande zu verzeichnen hatte, wobei jedoch die Zahl der Nichtbuchdrucker und Lehrlinge gegen das Vorjahr noch zugenommen und nur die Zahl der Buchdrucker und weiblichen Mitglieder abgenommen habe. Ferner wurde erwähnt, daß durch die von den Gewerkschaften übernommene Mithilfe bei den Jugendgerichten auch eine Anzahl unsrer Kollegen zur Mitarbeit herangezogen worden sei, und wurde gewünscht, daß sich hierzu auch in Zukunft bei dem Wechsel der Mitthelfer geeignete Kollegen bereit erklären mögen. Eine lange, äußerst lebhaftige Debatte rief sodann ein zur Sprache gebrachter Konflikt in der Lindendruckerei

(„Nationalzeitung“) hervor. Diese Firma war, wie schon berichtet, vom Tarifschiedsgerichte zur Zahlung einer größeren Summe an einige Gehilfen verurteilt worden und kam dem Entschiede erst nach, als ihr die Streichung aus dem Verzeichnisse der tariffreien Druckereien angedroht wurde. So widerwillig wie die schließliche Anerkennung des Schiedsgerichtsentscheides erfolgte, scheinen nun aber die leitenden Personen der Druckerei, der Betriebsdirektor Funke und der Faktor Engelmann, auch die Notwendigkeit einer gerechten Behandlung des Personals anerkennen zu wollen. Vielleicht, um sich für die erlittene Niederlage zu revanchieren, gingen die Herren daran, ältere und lange Jahre in der Offizin beschäftigte Kollegen zu künden. Zwei zurzeit franke Kollegen, der eine vier, der andere über 30 Jahre in der Offizin tätig, sowie ein seit zwölf Jahren dort konditionierender, augenblicklich zu einer militärischen Übung einberufener Kollege, erhielten ihre Kündigung ins Haus gefahrt. Als die erste Kündigung dem Personale bekannt geworden war — so wurde von beteiligten Kollegen in der Debatte ausgeführt —, seien die Vertrauensleute deshalb beim Faktor Engelmann vorstellig geworden. Dieser habe jedoch die Zurücknahme der Kündigung brüskel abgelehnt, vielmehr betont, er wolle überhaupt keine Invaliden mehr beschäftigen. Da Herr Engelmann, der den Leipziger Kollegen wohl genügend bekannt ist, schon vom Tage seines Eintritts an durch sein Verhalten das Personal stark beunruhigt habe, so sei es durch die Kündigung des franken Kollegen und die Äußerung über die Beschäftigung von Invaliden in große Aufregung versetzt worden und habe die Arbeit über zwei Stunden lang ruhen lassen. Durch das Eingreifen der Kreisvertreter habe dann die Geschäftsleitung erklärt, ihren Standpunkt in der Kündigung aller Kollegen revidieren zu wollen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Wie später aber bekannt wurde, sei auch ein zurzeit kranker Kollege, der über 30 Jahre in der Offizin in Kondition stand, dort sein Jubiläum gefeiert und durch Vermittlung des einen Firmeninhabers das allgemeine Ehrenzeichen erhalten habe, gekündigt worden. Diese Kündigung sei auf das Vorstelligwerden der Vertrauensleute hin rückgängig gemacht worden, nicht aber eine weitere Kündigung, welche einen zu einer militärischen Übung einberufenen, seit zwölf Jahren bei der Firma arbeitenden Kollegen betraf. Um die Erregung des Personals zu erklären, die bei dem hier besprochenen Vorkommnisse zu einem Ruhestreiken der Arbeit führte, wurde von einzelnen Rednern das ganze Verhalten der Herren Funke und Engelmann einer näheren Beleuchtung unterzogen. U. a. führte der frühere Diwan des Arbeiterausschusses dieser Firma, Martini, aus, daß er bereits einmal gegen Herrn Funke Klage wegen unbilligen Preisfressens eingereicht habe, leider aber ohne Erfolg. Er habe nämlich in einer tariflichen Angelegenheit von zwei verschiedenen Tarifjurisdictionen Briefe erhalten, die ihm in der Offizin überreicht worden seien. Die Umstände hierbei hätten ihm die Überzeugung aufgebrängt, daß Herr Funke die Briefe geöffnet habe. Im weiteren wurde in der Debatte betont, daß die Erregung des Personals angesichts der Vorgänge in der Offizin wohl zu verstehen sei, daß aber trotzdem ein Ruhestreiken der Arbeit unter keinen Umständen hätte eintreten dürfen. Wir müßten uns doch unbedingt auf den Boden unserer Tarifverträge stellen und alle Streitigkeiten durch die vorhandenen Schiedsinstanzen zur Erledigung bringen. Im vorliegenden Falle hätten die Kollegen ohne Schaden in andere, einwandfreie und damit wahrscheinlich auch wirkungsvollere Weise den Instanzenweg beschreiten können. Einigen Rednern, die im Laufe der Debatte an dem Organisationsvertrage wegen der darin geregelten Hauptpflicht Kritik übten, wurde erwidert, daß die Schadenerschaftspflicht nach öffentlichem Rechte doch bedeutend weiter gehe, so daß man von einem Nachteile nicht sprechen könne. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden die dringende Erwartung ausgesprochen, daß die Kollegen künftig in allen Streitfällen die vom Vorstand einzubeholenden Beschlüsse befolgen und den tariflichen Boden nicht verlassen werden. Die Abrechnung vom Ostervergütigen wies bei einer Einnahme von 2295,40 Mk. und einer Ausgabe von 1429,25 Mk. einen Überschuß von 872,15 Mk. auf.

**Brandenburg a. S.** In der Ortsvereinsversammlung am 15. Mai erstatteten die Kollegen Schulenburg, Jordan, Wendt als Delegierte Bericht über den stattgehabten Gantag. Wie von einem Altp befreit, atmeten die Kollegen auf, als sie hörten, daß die Frage der Gantteilung endlich geregelt sei dadurch, daß der Antrag auf Gantteilung abgelehnt und die Anstellung eines besoldeten Gantvorstehers beschlossen wurde. Der Gantbeitrag erhöht sich dadurch auch für das Sommerhalbjahr auf 15 Pf. pro Mitglied und Woche. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem Antrage des Vorstandes, der „Kulturgesellschaft Ernst Abbe“ als korporatives Mitglied beizutreten. Der Jahresbeitrag stelle sich auf 6 Mk. Einige Kollegen äußerten sich sehr pessimistisch hierüber und wünschten erst weiteres von der Gesellschaft zu hören, ehe man derselben beitrete. Nachdem der Vorsitzende eingehend die idealen Zwecke und Ziele dieser Gesellschaft geschildert, wurde beschlossen, der Gesellschaft als korporatives Mitglied beizutreten. Den letzten teuren Verhandlungen Rechnung tragend, gewährte die Geschäftsleitung der „Brandenburger Zeitung“ ihren Angestellten Zulagen in Höhe von 1—2 Mk., außerdem sollen die Ferien (bisher eine Woche) je nach der Beschäftigungsdauer bis zu 14 Tagen erweitert werden. — In der vorletzten Versammlung wurde Kollege Schläwe, der auf eine 2-jährige Mitgliedschaft zurückblickt, vom Vorsitzenden durch Ansprache und Überreichung eines Diploms

sowie vom Gesangverein „Grappia“ durch Vortrag eines Liedes besonders geehrt.

**-ch. Halle a. S.** Die Ortsversammlung vom 8. Mai ehrte in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Walter Mielke. Das Ergebnis der Ganttagsbelegiertenwahl wurde bekanntgegeben: die aus den übrigen Bezirksorten aufgestellten Kandidaten sind sämtlich gemählt worden. Über die neuen Bestimmungen des Zentralvorstandes in bezug auf das Auslesen bei vorübergehender Geschäftsstauung soll in der nächsten Versammlung verhandelt werden, um eine eingehende Beratung zu ermöglichen. Zwei Überreitungen der Lehrlingsklassen waren zu konstatieren. Den Bemühungen des Gehilfenvereins Königs gelang es, die eine Überreitungen derart zu regeln, daß ein im letzten Lehrjahre stehender Lehrling früher auslernt, in dem anderen Falle scheint eine endgültige Regelung noch nicht erzielt zu sein. Kritisiert wurde, daß in einigen Druckereien immer wieder unverschämte Überreitungen geübt werden. Über die Firma Sacke (Fachgeschäft für Buchdruckerutensilien) laufen fortgesetzt Beschwerden ein, daß diese Firma wohl Bestellungen und Geldbeständen annehme, aber weder die Bestellungen ausführe, noch die eingesandten Gelder zurückende. Die Kollegen mögen deshalb im eigenen Interesse Vorsicht walten lassen. Vorstellungen von unserer Seite hatten nicht den gewünschten Erfolg, die Kollegen könnten nur auf den gerichtlichen Weg verwiesen werden. Die Firma Kornacker in Merseburg, die erst im vergangenen Herbst die Tarifgemeinschaft gewonnen wurde, hat leider ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft erklärt. Konditionsangebote dieser Firma sind demnach abzulehnen. Die Beratung der Tagesordnung des diesjährigen Ganttags wurde fortgesetzt. Besonders war es der Antrag des Gantvorstandes auf Anstellung des Gantvorstehers, welcher eine ausgedehnte Debatte hervorrief. Vom Gantvorstande, besonders vom Verwalter Ohls, wurde der Antrag ausführlich begründet. Eine Vertragsverbesserung würde dadurch nicht erforderlich werden. Während ein Teil der Kollegen aber der Ansicht war, daß durch die beabsichtigte Zusammenlegung des Gantvorstehers und Gehilfenvereinspotens die notwendige Hilfe für den Verwalter nicht geschaffen würde, und daß in kurzer Zeit doch noch ein zweiter Verwalter gefordert werde, erblühte der andre Teil in dieser Zusammenlegung die praktischste Lösung, da eine Entlastung des Verwalters hierdurch wohl in die Erscheinung trete. Die Gegner des Antrags wollten nur eine Hilfe für den Verwalter geschaffen wissen, die beiden anderen Ämtern sollen weiter im Nebenamt verwaltet werden. Die Debatte zog sich so in die Länge, daß ein großer Teil der Besucher die Versammlung vor Schluß verließ, so daß die Abstimmung, die eine knappe Ablehnung des Gantvorstandsantrags ergab, wohl kaum ein richtiges Bild der Ansicht des Ortsvereins geben kann. Infolge dieser ungelärten Situation war es nicht möglich, einen Kandidaten für den Gantvorsteherposten zu nominieren, die übrigen Mitglieder des Gantvorstandes sollen wieder vorgeschlagen werden. Die Wahl einer Johannistagskommission bildete den Schluß der Versammlung.

**Or. Bezirk Hannover (Wand).** Die am 9. Mai in Hameln abgehaltene Bezirksversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Der Bezirksvorsteher W. Rosenbruch verwies in seinen Begrüßungsworten darauf, daß die Bezirksversammlungen sehr dazu geeignet seien, die Mitglieder auch im kollegialen Leben etwas näher zu bringen. Die Berichte aus den einzelnen Bezirksorten ergaben, daß in den Orten, wo unsere Mitglieder konditionieren, tarifliche Verhältnisse herrschen. Im Vorbergrunde der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Ehrhardt über: „Die neue Novelle zur Gewerbeordnung“, für welchen ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Als Kandidaten für den Ganttag wurden vier Kollegen aufgestellt. Nachdem noch die anderen Punkte der Tagesordnung ihre Erledigung gefunden und Gelle als Ort für die nächste Bezirksversammlung bestimmt war, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß sich die Kollegen auch auf dieser so zahlreichen einfinden möchten, mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Bezirksversammlung.

**Köln.** (Wandbericht.) Eigentümliche Ansichten über die Pflichten tariffreier Gehilfen scheint der hiesige Vorsitzende des Gutenbergbundes, Joh. Viehl, zu haben. Er arbeitete seinerzeit in Mülheim a. Rh. Die neunstündige Arbeitszeit schien ihm zu kurz zu sein, und so fand er sich wiederholt in der Mittagspause und nach Geschäftsstauung in der „tariffreien“ Druckerei von Rife mann (in welcher ein Ausgelernter mit 16 Mk. entlohnt wurde) ein, um dann noch einige Stunden sich der Kunst zu widmen. Der Sohn des Geschäftsinhabers und ein Gehilfe sind selbstverständlich Mitglieder des Bundes. Der junge Gehilfe ging nun zum „großen“ Felder und machte ihn auf das tarifwidrige Gebahren des R. aufmerksam, darauf verweidete, daß doch genug arbeitslose Kollegen vorhanden wären. Hier kam der Kollege aber schon an, denn es wurde ihm von Felder erklärt, dagegen werde man wohl nichts machen können, wenn Viehl nach Feierabend aus „Menschenfreundlichkeit“ bei einem anderen Prinzipal arbeite. Trotzdem sind aber die Bündler tariffrei bis auf die Knochen!

**m. Königsberg i. Pr.** Am 8. Mai hatten wir das Vergnügen, einen unserer „Korr.“-Redakteure, den Kollegen Willi Krahl, auf seiner ostelbischen Tournee in unseren Mauern begrüßen zu können. Der Einladung des Vorstandes zu dem in den Räumen der „Jubiläumshalle“ stattgefundenen Vortrage des Kollegen Krahl über: „Unser Zeit und ihre Erfordernisse“, hatten denn auch etwa 300 Kollegen Folge geleistet. Die Typographia und Zeitung

ihrer verehrten Dirigenten F. Grode hatte es sich nicht nehmen lassen, ihren Gangesbruder bei seinem Eintritt in den Saal mit dem üblichen Sängergruße zu empfangen. Nachdem der Vorsitzende Waffel den Kollegen Krahl herzlich begrüßt sowie den Kollegen von Braunsberg und vom Orte für ihr zahlreiches Erscheinen gedankt und die Typographia „Heil Gutenberg“ zum Vortrage gebracht hatte, ergriff der Referent das Wort. In der Hand eines umfangreichen statistischen Materials gab Redner einen Überblick über den heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung und den der Organisationen des Unternehmertums, ging des näheren auf die seit 13 Jahren von uns eingeschlagene erfolgreiche Taktik, auf das Wesen und die Bedeutung unserer Verbände ein und verfechtete nicht, mit Beispielen zu dienen, wie wir besser unserer Pflicht dem Verbands gegenüber nachzukommen hätten, wobei er speziell dem Nachwuchs ans Herz legte, sich zu beiseigigen, aus der tariflichen Entwicklung und der Geschichte des Verbandes mehr zu lernen. Redner schloß mit dem Hinweis, daß wir mehr Idealismus, mehr Wahrhaftigkeit, mehr Kollegialität und Verantwortungsgefühl gebrauchen und die Masse der Mitglieder besser diszipliniert sein müsse, dann werde unsre Zeit und ihre Erfordernisse auch richtiger verstanden werden, und wir könnten entgegen Mutes der Zukunft und allen Schwierigkeiten entgehen. Reicher, anhaltender Beifall lohnte den Redner für seine über zwei Stunden währenden Ausführungen, denen das zahlreiche Auditorium aufmerksam gelauscht hatte. Da zur Diskussion niemand das Wort wünschte, konnte konstatiert werden, daß die Versammelten mit den Ausführungen des Kollegen Krahl einverstanden waren. Der Vorsitzende brachte zur Bekräftigung dafür und mit dem Gelübde, in diesem Sinne weiter zu arbeiten, ein Hoch auf den Verband aus, das begeistert aufgenommen wurde. Lange noch wurde zu Ehren unsers Gastes beim edlen Gerstenkaffe gelesenen und entleerten die Stunden, verschönt durch Gesänge aus dem reichen Liebeschatze der Typographia, würdige Reden und ein gemeinschaftliches Lied vom Kollegen Fr. Hoppe, nur abzuschließen.

**w. Mainz.** (Bezirksversammlung.) Am 9. Mai waren wir in der Lage, unseren zweiten Verbandsvorsitzenden Grafmann in den Mauern des goldenen Mainz begrüßen zu dürfen. Zu dieser Versammlung waren auch die Kollegen von Wiesbaden eingeladen und in stattlicher Anzahl erschienen. Vorsitzender Conradi eröffnete unter begrüßenden Worten an die Erschienenen und besonders an den Kollegen Grafmann die Versammlung und gab zuerst verschiedene geschäftliche Mitteilungen bekannt. U. a. verwies er auf die am 24. Mai stattfindende Gewerbegerichtswahl, die Kollegen ersuchend, von ihrem Wahlrechte Gebrauch zu machen. Nun erhielt Kollege Grafmann zu seinem Referate: „Die gegenwärtige Situation im Buchdruckgewerbe“, das Wort. Redner schilderte eingangs seiner Ausführungen die wirtschaftliche Krise des letzten Jahres im allgemeinen; um dann die Verhältnisse in unserm Beruf einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Auf Grund langjähriger Tätigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiete war der Redner in der Lage, manche Vergleiche zu ziehen zwischen anderen Gewerkschaften und unsrer Organisation. Es würde zu weit führen, wollte man alle Einzelheiten des aktuellen Vortrages hier anführen. Kollege Grafmann appellierte besonders an die jüngeren Kollegen, daß sie das, was die Älteren unter schwierigen Verhältnissen begonnen, weiter ausbauen sollten und müßten. Dies könne aber nur dann geschehen, wenn ein jeder sich mit ganzer Kraft in den Dienst der Organisation stelle. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine einundviertelstündigen trefflichen Ausführungen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten den Dank der Versammlung ab und sprach die Hoffnung aus, daß die Worte Grafmanns auch Beherzigung fänden. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß mit dem Wachsen der Mitglieder die Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen und Grundsätze nicht gleichen Schritt gehalten. Heute erwarte man alles Heil von den Gant- und Bezirksvorständen, dem Zentralvorstand oder der „Korr.“-Redaktion. Und doch liege gerade der Schwerpunkt und die Sicherheit des Erfolges bei den Kollegen selbst. Kollege Holzhauser (Wiesbaden) machte längere Ausführungen über die Neutralitätsfrage. Man dürfe darüber nicht andere wichtige Fragen in den Hintergrund drängen. Kollege Wacker (Wiesbaden) richtete beherzigenswerte Worte an die Jungmannschaft, die schwierigen Verhältnisse der 70er Jahre schildern. Nachdem sich noch einige andre Redner geäußert, ging Kollege Grafmann in seinem Schlußworte noch auf die in der Diskussion geäußerten Ansichten und gestellten Fragen ein. Er gab die Gründe bekannt, warum diese oder jene Maßnahmen getroffen werden müßten, und legte besonders den Kollegen ans Herz, eifrig ihr Organ, den „Korr.“, zu lesen, ferner die Bibliothek fleißig zu benutzen, um ihr geistiges Wissen immer mehr zu vervollkommen. Die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Versammlung diesen Ausführungen folgte, war Beleg für die Wichtigkeit und Aktualität dieses Schlußwortes. Der Gantleiter der Brauereiarbeiter, Frank (Niedelborf), sprach zum Schluß noch über den Brauerstreik in der Mainzer Aktienbrauerei und erstuchte die Unwesenden, das Produkt genannter Brauerei, in der die rüchlichstigen Arbeitsverhältnisse herrschen, zu meiden. Kollege Conradi schloß hierauf mit einem begeisterten Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker die von etwa 300 Kollegen besuchte Versammlung. Keine stattliche Zahl, wenn man bedenkt, daß beide Bezirksvereine annähernd 700 Mitglieder haben! — Am Nachmittage vereinigte sich eine große Anzahl Kollegen mit ihren Familien, um noch mit dem Kollegen Grafmann einige vergnügte Stunden

## Rundschau.

zu verleben. Hoffentlich kommen wir noch öfter in die Lage, den Kollegen Graßmann an der historischsten Stätte der Buchdruckerkunst begrüßen zu können. — Als Charakteristik verdient noch registriert zu werden, daß die hiesige Ortsgruppe des Faktorenbundes an dem Wortes des Verammlungstags einen Ausflug arrangierte, an dem auch die im Faktorenbund befindlichen Verbandsmitglieder teilnahmen. Wenn man bedenkt, daß einzelne dieser Kollegen früher auf dem rabiatsten linken Flügel standen, so ist ein derartiges Verhalten einfach nicht zu verstehen.

**G. Mannheim.** Am 3. und 24. April wurden zwei Bezirksversammlungen abgehalten, die trotz der wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung beide einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatten. In der ersten Versammlung referierte unser Kollege Trautwein über: „Die Konsum- und Produktivgenossenschaften im Dienste der modernen Arbeiterbewegung“. In einflussigem, leicht faßlichem Referate führte er den Unwesenden den Wert des Zusammenflusses der Konsumenten vor Augen und forderte zum Schluß seiner Ausführungen zum Eintritt in den Konsumverein auf. — In der letzteren Versammlung gab der Kollege Fuhs in seiner Eigenschaft als Geschäftsvorstand des Tarifschiedsgerichts Mannheim-Ludwigshafen den Tätigkeitsbericht von verfloßenen Geschäftsjahre. Das Schiedsgericht wurde von elf Gehilfen und drei Prinzipalen in Anspruch genommen. Kollege Fuhs ermahnte die Kollegen, bei Einreichung von Klagen nur den wahren Sachverhalt zu schildern und alles überflüssige, was nicht zur Sache gehört, in Wegfall zu lassen. Ebenso hat er, bei den vorzubringenden Klagen stets streng bei der Wahrheit zu bleiben. Beiden Referenten wurde seitens der Anwesenden reichlicher Beifall zuteil und sei auch ihnen an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. — Am 13. Mai hatten wir Mannheimer das Vergnügen, unseren zweiten Verbandsvorsitzenden Graßmann auch in unserer Mitte begrüßen zu können. Der Saal vom „Gewerkschaftsbau“ war ziemlich gut besetzt, besonders hatten die Kollegen von Heidelberg und Ludwigshafen unserer Einladung zahlreich Folge geleistet. Kollege Graßmann sprach über das Thema: „Die gegenwärtige Situation im Buchdruckerberuf“. Redner erörterte das Verhalten der christlichen Gewerkschaften, besonders des Gutenbergbundes; er streifte die gegenwärtige Geschäftskrisis im allgemeinen und unsern Organisations- und Tarifvertrag, und daß gerade durch letzteren Verschlechterungen in gegenwärtiger Zeit hintangehalten werden. In seinem Schlußworte gab der Referent der betrübenden Erscheinung Ausdruck von einem allerorts zu beklagenden schlechten Versammlungsbesuch. Er richtete deshalb an die „Versammlungsschwänzer“ die Bitte, mehr wie seither sich am Vereinsleben zu betätigen und den „Korr.“ fleißig zu lesen. Die Versammlungsschwänzer rekrutierten sich meistens aus den jüngeren Kollegen, die bei ihrem Eintritt in den Verband alles „wohl bestellt“ vorfinden, was die älteren Kollegen nach jahrelanger Arbeit, Not und Preisgabe der Existenz erkämpfen mußten. Man solle nicht glauben, daß alles so bleibe, wie es jetzt sei, sondern man müsse stets auf dem Damme sein, damit wir in der Stunde der Gefahr auch gestützt daständen. Dem Kollegen Graßmann wurde am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall zuteil, und sei ihm auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. In unsere jüngeren Kollegen richteten wir nun die Bitte, die Worte des Kollegen Graßmann beherzigen zu wollen und von nun an alle unsere Versammlungen zu besuchen.

**B.-G. Straubing.** Das christliche Gewerkschaftsblatt hatte unsere Mitglieder, die dem katholischen Arbeiterverein angehören, und die im letzten Jahre stehenden Lehrklinge zu einem Vortrage des Bundessekretärs Felder am 15. Mai nach dem „Münchner Hof“ eingeladen. Von dieser Einladung erhielten unsere Kollegen erst im letzten Augenblicke Kenntnis, aber trotzdem waren fast alle Mann erschienen. Von den christlichen Gewerkschaften waren etwa zwölf Männlein gekommen. Felder erklärte gleich nach Eröffnung der Versammlung ganz freimütig, daß die Zusammenkunft der Versammlung nicht nach seinem Geschemte sei und von ihm auch in der Weise nicht beabsichtigt war. Seine Absicht war, in einem kleinen Nebenzimmer, das für diesen Zweck schon reserviert war, mit vier bis sechs christlichen Buchdruckern eine „gemütliche Aussprache“ herbeizuführen. Er habe die Erfahrung gemacht, daß man in den großen Versammlungen nie zu einem Resultate komme. Trotz dieser ungunstigen Zusammenkunft der Versammlung erklärte er sich jedoch bereit, sein Referat zu halten, und zwar über: „Die Existenzberechtigung des Gutenbergbundes“. Die Ausführungen Felders können wir hier übergehen, da sie für die Leser des „Korr.“ nicht neu sind. Unser Vortragender Felder führte hierauf den Anwesenden den ganzen Werdegang des Gutenbergbundes und dessen Tariffrage vor Augen. Felder gab zu, daß die Vorwürfe gegen den Bund bis 1906 berechtigt seien, von da ab beanprüche er aber absolute Tariffreiheit für den christlichen Gutenbergbund, was ihm allerdings von den anwesenden Buchdruckern bestritten werden konnte. Die hierauf folgende Diskussion wurde von beiden Seiten sehr lebhaft geführt. Zum Schluß wurde ein dreifaches Hoch auf den Verband ausgebracht. Da diese Versammlung für die christlichen Gewerkschaften völlig im Sande verlies, so sollen die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins in einer Versammlung am 16. Mai laut Ausspruch des Vorsitzenden dieses Vereins zur Entschcheidung gedrängt werden. Über das Resultat dieser Versammlung werden wir später berichten. Die ganze Ausdeute, welche der Bund hier machte, waren anderthalb Mann, und zwar ein Volontär (Prinzipalsohn) aus dem bayrischen Wald und ein Lehrling!

Ferien! Eine besondere Pfingstfreude wurde dem Personale der Buch- und Steindruckerei Ad. Thallwitz in Döbeln zuteil, indem den älteren Kollegen eine volle Woche, den jüngeren dagegen drei bis vier Tage Ferien aus eignen Antriebe gewährt wurden.

**Ferienweiterung.** Die Buchdruckerei „Tribüne“ (Reißhaus & Co.) in Erfurt erweiterte die schon seit mehreren Jahren bewilligten Ferien insofern, daß die bis zu fünf Jahren im Geschäft Tätigen sechs Tage, die über fünf Jahre neun Tage und die über zehn Jahre Beschäftigten zwölf Tage Ferien erhalten.

**Gehilfenprüfung.** In Kaiserslautern unterzogen sich der diesjährigen Gehilfenprüfung zwei Seher und ein Drucker. Die beiden erstgenannten wurden auf Grund ihrer minderwertigen praktischen Leistungen auf ein halbes Jahr zurückgestellt, der Drucker dagegen erhielt sowohl im theoretischen wie praktischen Teile die Note „Gut“.

**Trauerfeier für Ludwig Wolf!** Am 15. Mai versammelte sich auf dem südlichen Friedhof in München eine äußerst zahlreiche Gemeinde, um dem verstorbenen Druckereibesitzer und Verlagsbuchhändler Kommerzienrat Ludwig Wolf die letzte Ehre zu erweisen, bevor seine sterbliche Hülle nach Ilm zur Einäscherung überführt wurde. Es war kein Sängerepöche, wie es gewöhnlich die Beerdigungen von gesellschaftlich hochstehenden Personen zu sein pflegen, sondern dieser Trauerakt gestaltete sich zu einer erhabenen Kundgebung für einen Mann, dem aus seinen Kreisen wie gleichermassen von der Arbeitererschaft große, aufrichtige Sympathien entgegenkamen. In unserer Zeit schworfer Gegenätze, sozialer Zerküftung und des nackten Interessenstandpunktes sind Arbeitergeber wie Ludwig Wolf immer seltener werdende Erscheinungen, und tauendenden Herzens sieht man gerade diese seltenen Männer so zeitig dahinscheiden, gerade sie werden meist viel zu früh aus ihrem gemeindlichen Wirken, aus ihrem dem Allgemeinwohl gewidmeten Schaffen herausgerissen. Es will in unserer Zeit gewiß viel, sehr viel besagen, wenn das sozialdemokratische Organ der bayrischen Hauptstadt, die „Münchner Post“, dem Verstorbenen diese Worte ehrlicher Anerkennung widmete: „Bei den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen der graphischen Berufe wird das Hinscheiden dieses wahrhaft liberal gesinnten Mannes aufrichtiges Bedauern erwecken. Herr Wolf hat sich stets bemüht, bei Reihen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter ausgleichend und veröhnend zu wirken, und er hat sich dabei immer als ehrlicher Freund der Arbeiterorganisationen bewährt. Die Arbeitererschaft Münchens wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“ Daß dem so ist, bemies die starke Beteiligung der Buchdrucker und graphischen Arbeiter Münchens durch Geschäftsdeputationen sowie die offizielle Vertretung von deren Organisationen an der Trauerfeier für Ludwig Wolf, die in der nicht minder zahlreichen Teilnahme der Prinzipalität des graphischen Gewerbes Münchens und ihrer Korporationen ebenso berechnete Ausdruck fand. Mit ernsten, weitholenden Klängen eröffnete die Typographia München den Trauerakt, dann nahm Herr F. W. Graßl, der Vorsitzende des Bezirksvereins Oberbayern des Deutschen Buchdruckervereins, das Wort, um die eigentliche Grabrede zu halten. Der Freund weichte dem Freunde schmerz bewegt den Scheidegruß, der mitten im öffentlichen Leben und intensiver sozialer Betätigung stehende Arbeitgeber dem treuen, unermüdbaren, nun aus erfolgsgünstigen Schaffen durch den Abgewingener Tod abberufenen Gefinnungsgenossen tiefempfundene Worte wohlverdienter Anerkennung und wärmsten Dankes für seine dem Gewerbe gewidmete rastlose Tätigkeit. Sollte doch an andern Tage dem Verstorbenen der Posten des ersten Kreisvorsitzenden für die organisierte bayrische Prinzipalität übertragen werden! Was der Entschlafene dem graphischen, im besondern aber unserm Gewerbe war, das führte Herr Graßl in seiner Trauerrede folgendermaßen aus: Ganz hervorragende Verdienste hat sich Ludwig Wolf um die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker erworben. Seit dem Jahre 1898 war er als Prinzipalsvertreter des Tarifvereins Bayern aufgestellt und entwickelte in dieser Eigenschaft eine Tätigkeit, die ihm das Vertrauen der Prinzipalität wie der Gehilfenerschaft in gleich hohem Grade sicherte. Im selben Jahr übernahm er auch den Vorsitz im Tarifausschusse, der damals in München seinen Sitz hatte. Innerhalb der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft bekleidete der Verbliebene das Amt eines Vorstandsmitglieds, welches ihm in der konstituierenden Genossenschaftsversammlung am 23. August 1895 übertragen wurde und das er ebenfalls bis zu seinem Ableben beibehielt. Die Errichtung einer Fachschule für Lithographen und Steindruckerei in München war in erster Linie sein Werk, wie er auch an der Errichtung der Münchner Buchdruckerfachschule in opferwilligster Weise sich betätigt hat. Weiter gehörte er der Fachschulbehörde als Mitglied an, außerdem dem Ehren- und Schiedsgerichte des Deutschen Buchdruckervereins für den Kreis Bayern. Der Entwurf und der Abschluß eines Tarifs für die in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen geschah ebenfalls unter seiner Leitung, wie er auf sozialen Gebiet überhaupt unablässig bestrebt war, im Sinn eines gerechten Ausgleichs und einer veröhnlichen Auffassung zu wirken. Über auch der Mensch Ludwig Wolf fand die ihm gebührende hohe Würdigung, und wahrlich, aus keinem berufeneren Mund als dem des Herrn Graßl konnte dieses Lob dem Heingegangenen erklingen! Lorbeer und frische Blumenpenden von seiten der Prinzipalskor-

porationen häuften sich darauf an der Bahre des Verstorbenen. Namens des Tarifamts legte Kollege Seitz als Gehilfenvertreter für Bayern mit einem herzlich gehaltenen Nachruf als äußeres Zeichen der großen Verdienste des Heingegangenen um die Tariffrage einen Kranz nieder. Kollege Strauß folgte namens des Gaus Bayern unserm Verbandes, Kollege Döhling für die Mitgliedschaft München. Weitere Kranzpenden ließen niederlegen die örtlichen Organisationen des Deutschen Faktorenbundes, des Verbandes der Hilfsarbeiter sowie der der Steindruckerei und Lithographen. Zahllos waren die sonst noch dem Verstorbenen gewidmeten Kränze, unter denen die der Personale der beiden von Ludwig Wolf innegehabten Firmen lediglich erwähnt sein sollen. Mit einem Schlußchore der Typographia endete dann die ergreifende Totenfeier für den Mann, desgleichen im Unternehmertume leider so wenige sind. Möge das leuchtende Vorbild Ludwig Wolfs aber gerade auf unsere Prinzipalität nachdrücklich einwirken, die Gehilfenerschaft wird um so freudiger mitarbeiten an den gemeinsamen Aufgaben, wie sie in der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker als einer Kulturmission beiden Teilen gestellt sind!

Unter uns! . . . Daß der „Budenknatsch“ ein beliebtes Thema bei Buchdruckern ist, ist bekannt. Die Philosophen unter uns wissen auch, daß zumeist alles „Aufschneider“ ist und sich die Phantasie des einzelnen als sehr weit ausschweifend erweist. Zu denken geben aber solche Thematika doch. Gaben wir wirklich nichts Besseres zu tun, nichts Weiteres zu erzählen, haben wir wirklich keine andern Interessen, als — mögen wir zusammenzutreffen, wo wir wollen — die „Verhältnisse“ der Druckereien durchzuhecheln? Wenn nicht es? Der Refrain ist ja immer derselbe: stets will der Erzähler auf Kosten anderer, Abwesender, sein Licht leuchten lassen. . . . Der Geist wird gelähmt, gekemmt. Deshalb strebe man dahin, stets den Geist klar zu erhalten, breite nach Geschäftsschlus gewisse Brücken hinter sich ab. Und kommt man doch einmal auf Augenblicke auf geschäftliche Sachen zu sprechen, so sage man nur das, was man auch verantworten kann, was man eventuell auch öffentlich sagen würde. Dann ist kein Klatsch möglich.“ Diese trefflichen Worte entnehmen wir einer kleinen Abhandlung über dieses Thema im Heft 8 der multigertigen Zeitschrift „Deutscher Buch- und Steindruck“. Es verdient dieses Kapitel wie selten ein andres gerade in gegenwärtigen Zeiten ganz besonders beachtet zu werden. Denn so lichtvoll es auch ist, daß unsere Kollegen in allen Zonen die beruflichen Beziehungen mit dem gesellschaftlichen Leben in geradezu vorbildlicher Weise zu verbinden wissen, so verdirbt auch in dieser Frage in vielen Fällen ein Zuviel gar oft das Spiel. Hier Maß und Ziel zu halten, kann ebenfalls als eine weise Taktik betrachtet werden. Ist es doch eine alte Erfahrung, daß, wer, am „Bierstisch“ über die „Verhältnisse“ nichts andres zu tun weiß als über „Budenverhältnisse“ zu schwadronieren, wohl ein großer Teil von Worten, aber kein Freund der Tat ist. Zur Besprechung der internen Arbeitsverhältnisse sind unsere Druckereiversammlungen usw. da, dann folgen die Verbandsversammlungen, und wer in den ersten nicht den Mut findet zu sagen, was er auf dem Herzen hat, der sollte auch die Verbandsversammlungen nicht als Willkürer zur Lösung von Fragen mißbrauchen wollen, deren Erörterung er vorher im kleinen Kreise von Sachverständigen und Ortskundigen aus dem Wege gegangen ist. Eine sehr wesentliche Hebung nicht nur des kollektiven, sondern auch des Versammlungslebens würde es unter diesen Gesichtspunkten mit sich bringen, wenn die Bedeutung folgender Worte mehr als bisher beherzigt würde: Ein wahres Wort am rechten Ort, erspart Verdruß und hilft stets fort! Dabei kann man es aber immerhin, ohne gelehrt und spießig sein zu wollen, mit dem allbekanntesten großkörnigen Wandspruch im Heilbronner Rathaus halten, der da lautet: „Tritt fest auf, trübs Maul auf und hör' bald auf!“

Eine solche scharfe Praxistätigkeit enthält die neueste Nummer des in christlicher Wahrheitsliebe und tariflichen Tugenden erscheinenden „Typograph“. Erschden da in Nr. 55 des „Korr.“ ein kurzer Versammlungsbericht von der Mitgliedschaft Aue i. Ergg., worin auch mitgeteilt wird, daß bei Neuausgeleertem dort den Weg zum Verbands fanden. Für die Bundesgeneralskämmer sind solche Nachrichten immer Höchstposten schmerzlicher Art, denn dem Gutenbergbund erblüht nicht einmal mehr in der Zeit nach Othen nur der bescheidenste Zuwachs; ja, die Auslesenden treten selbst schon in Hundertmännern dem Verbands bei. Kein Wunder, daß dem Manne, der da allwöchentlich Schiphussarbeit im wahrsten Sinne des Worts im „Typograph“ verrichten muß, einmal die Galle überläuft und der Verband dann daran glauben muß. Die unsichtbare Korrespondenz aus Aue hat nun Herrn Wilhelm Hofstätter um sein letztes Wilschen Verstand gebracht und zu einem Respektswabenstreiche verleitet. Unter Bezugnahme auf den § 4 des Organisationsvertrags malt er nämlich die Tariffrage unserer Organisation in den düstersten Farben. Obwohl sich der Verband laut angezogener Bestimmung verpflichtet habe, nur tariffreie Gehilfen in seine Reihen aufzunehmen, stelle er (§. 5) fest, daß in Aue sich keine einzige tariffreie Druckerei befinde, aber — eine Mitgliedschaft der von ihm allerundchristlich bekämpften Organisation mit „alten und neuen Verbändlern!“ Wie mögen draußen im Land unsere „Freunde“ hüben wie drüben die Ohren gespißt haben — das wäre ja ein Kapitalfall. . . . Doch wer zuletzt lacht, lacht am besten. Wir stellen nämlich fest, daß in dem am 30. April 1908 abgeschlossenen Verzeichnisse der tarif-

treuen Druckereien drei Firmen in Aue enthalten sind, in den erschienenen 15 Nachrichten sind ebenfalls drei Offizinen aufgeführt, so daß es in Aue sechs traifre Druckereien gibt! Entweder hat der „Typograph“ also wieder eine seiner satzarm bekannten Wahrheitsvergealtungen vollbracht, womit er in diesem Fall allerdings einen unerreichbaren Rekord erzielt hätte, oder aber Herr Hoffsch hat sich in seiner sprichwörtlich gewordenen Einfalt verleiten lassen, aus „Aue i. G.“, wie im „Korr.“ gestanden, Aue im Hlaj zu lesen. Wie dem aber auch sei, der „Typograph“ hat seinen diversen Hefenblättern gegen den Verband die Krone aufgesetzt, denn strapelloser und gewalttätiger kann die Verleumdung wohl doch nicht betrieben werden. Man sieht aber, daß es nur darauf dem christlichen Hoffsch antommt.

**Konkurrenzöffnung:** „Kreisel der Bürgerzeitung“, Weiskhoff & Schmidt in Kreisel.

**Gewerbegerichtswahl in Dessau.** Um den Wahlkampf zu ersparen und um auch sonst innerhalb der organisierten Arbeiterschaft einer allmählichen besseren Einigung und Verständigung die Wege zu ebnen, faßte das Dessauer Gewerkschaftsamt vor einiger Zeit mit großer Mehrheit den Beschluß, trotz des geltenden Verhältniswahlsystems mit den Hirsch-Dunderfischen und christlichen Gewerkschaften eine gemeinsame Liste zu den diesmaligen Gewerbegerichtswahlen aufzustellen. Diefem Beschluß unterordneten sich sämtliche Gewerkschaften mit Ausnahme derjenigen der Metallarbeiter. Diese glaubten ihr Klassenbewußtsein zu verletzen, wenn sie bei einem Zusammengehen mit anders organisierten Arbeitern in Reich und Glied gestanden hätten. Sie schwankten ab und stellten eine eigne Liste auf. Das Resultat ist nun folgendes: Die Kompromißliste vereinigte 1225 Stimmen oder zwölf Vertreter auf sich und die Liste der Metallarbeiter 825 Stimmen oder acht Vertreter. Ob es gerade nötig war, bei Bestehen des Proporz ein Kompromiß abzuschließen, ist eine Frage, die nur nach Lage der örtlichen Verhältnisse richtig bewertet werden kann. Wenn aber das Gewerkschaftsamt diesen Weg mit satzungsgemäßer Mehrheit beschloffen hat, so hätte nach allgemein gültigen Grundsätzen die gewerkschaftliche Disziplin es erfordert, daß auch die Metallarbeiter diesen Beschluß anerkannt hätten; zum mindesten hätte man aber erwarten dürfen, daß eine passive Resistenz schlimmstenfalls als taktischer Ausweg gewählt worden wäre, um einer nach radikalen Begreifen unangenehmen Sache als Klassenbewußter Proletariat auszuweichen. Die Genehmigung, ein paar eigne Mandatbitten erlangen zu haben, ist mit der Erweiterung, statt überbrückung unnatürlicher Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft doch zu teuer erkaufte. Das ist unsere Meinung.

Der fünfte Allgemeine Krankenkassenkongreß tagte in der ersten Hälfte der vergangenen Woche in Berlin bei sehr starker Beteiligung von Vertretern aller Krankenkassen Deutschlands; acht verschiedene Pappamensvertreter und zwei Regierungsvertreter waren anwesend. Der erste Referent, Dr. Mayer (Frankenthal), sprach über die Krankenversicherung im Allgemeinen und legte eine Resolution vor, in der die Zusammenfassung der einzelnen Versicherungszweige begrüßt wird, doch müßten die Vertreter der Versicherten und der Unternehmer durch einfaches und unmittelbares Wahlverfahren gewählt werden und ihre Mitwirkung auf das ganze Gebiet des Aufstufens, Beschlusses, Spruch- und Schiedsgerichtsverfahrens erstrecken können. Weiter verlangte er die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Kassen in der bisherigen Weise und für die Vertreterwahl nach dem Verhältniswahlsystem. Er griff den Entwurf der Reichsversicherungsordnung sehr scharf an und bezeichnete die Begründung des Entwurfs als ein Machwerk, das mit unwahren Behauptungen förmlich gespickt sei. Die tiefen Entwicklung des Krankenversicherungswesens sei allein der vorwärtsstrebenden organisierten Arbeiterschaft zu verdanken. Aus seiner eignen fünfzigjährigen Erfahrung als Kassenvorstand wisse er, daß Gleichgültigkeit und Stagnation in den Kassenvorständen geherrscht habe, so lange keine Arbeiter unter ihnen geiffen haben. Es sei unbestreitbar, daß die Arbeiterorganisationen den Blick ihrer Mitglieder schärfen und sie dazu befähigen, die Interessen der Versicherten wahrzunehmen. Das Interesse der Unternehmer an den Kassen sei lediglich eine Geldfrage, und eine Vermehrung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitgeber in den Krankenkassen wäre daher gleichbedeutend mit einer Verschlechterung des heutigen Zustandes in materieller und ideeller Hinsicht. Nicht scharf genug könne man dem Gerede entgegenreten, daß parteipolitische Mißbrauch in den Krankenkassen getrieben würde. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten und Apothekern behandelte Fräßdorf (Dresden). Für alle Fälle müsse für die Ärzte der Kurierzwang eingeführt werden. Die Krankenkassen hätten als Engroskunden der Apotheker ein Recht auf Rabatt. Kohn (Berlin) referierte über die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die lands- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienftboten, die unständigen Arbeiter, die Wander- und Hausgewerbetreibenden. Er stellte fest, daß die vorgeschriebenen Leistungen den zu stellenden Ansprüchen genügen. Die Herabsetzung der Leistungen, wenn der Versicherte Naturallohn beziehe, sei ein schwerer Mißgriff. Die Regierungsvorlage nehme viel zu viel Rücksicht auf die Interessen der ländlichen Arbeitgeber und stelle auf der andern Seite geradezu ein Ausnahmefesetz gegen die in Betracht kommenden Arbeiter dar. Sehr scharf wandte sich der Referent dagegen, daß die Einweisung der Dienftboten in die Krankenkassen außer in das Verbleiben der Dienftverhältnisse gestellt sein soll. Nach einer kurzen Besprechung über die Erfs- oder sogenannten

Hilfskassen, für welche eine Gleichstellung mit den übrigen Kassenarten, wie z. B. den Betriebs- und Zinnungskassen, gefordert wurde, ergiff als Vertreter des Reichsamts des Innern Ministerialdirektor Caspar das Wort. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß nicht auch die Vorteile, die der Gesetzentwurf bringe, in den Referaten hervorgehoben worden seien. Die Hälfte der Beiträge bedeute für die Versicherten eine Entlastung um etwa 50 Millionen Mark. Der Entwurf bringe die Hinterbliebenenversicherung und gebe den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht am Beschlußverfahren und bei der Rechtsprechung. Von einer Einschränkung der Selbstverwaltung sei keine Rede, aber den Arbeitgebern einen größeren Einfluß zu sichern, sei nur recht und billig. Die Arbeiter verlangten ja umgekehrt auch eine Mitwirkung in den Berufsgenossenschaften. Im übrigen gien ihm die Kompetenz des Kongresses, sich als Vertretung aller Krankenkassen zu bezeichnen, zweifelhaft zu sein, was er darauf zurückführte, daß die Betriebs- und Knappschaffungskassen auf dem Kongresse nicht vertreten waren. Die Ausführungen dieses Regierungsvertreters erfuhr teilweise sehr stürmischen Widerspruch und wurden am zweiten Verhandlungstage durch verschiedene Redner ganz energisch zurückgewiesen. Von bemerkenswerter Deutlichkeit nach dieser Richtung war die Rede des Buchdruckersprinzipals Schölem (Berlin). Er führte aus: Seit 17 Jahren sei er Arbeitgebervertrandsmitglied einer großen Ortskrankenkasse. Wenn die Regierung die Arbeitgeber angelich schützen wolle, so seien nicht sozialpolitische Gründe maßgebend, sondern lediglich politische. Er könne nur erklären, daß prinzipielle Beschlüsse in der Ortskrankenkasse nicht gefaßt werden, wenn die Allgemeinheit der Arbeitgeber Widerstand leistet. Er hoffe, daß ein Regierungsvertreter anwesend wäre und von dieser Klipp und klaren Erklärung Notiz nehme. Er sei auch Mitglied des Ausschusses einer der größten Landesversicherungsanstalten. Im Ausschusse sitzen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch. Es sei also dort der Zustand, den die Regierung ihnen jetzt aufzwingen wolle. Von einer Selbstverwaltung könne aber in dieser paritätischen Landesversicherungsanstalt absolut keine Rede sein. Ausgeschlossen sei es, daß das Gesetz den sozialen Frieden erhebe, im Gegenteil werde man die Arbeiter unzufrieden machen und ihnen die Kassen verfehlen. Man weise immer auf die 50 Millionen Beitrag der Arbeitgeber hin. Die Arbeiter wollen aber dieses Geld gar nicht, und die Arbeitgeber können diese Neubelastung bei den heutigen Konkurrenzverhältnissen nur schwer tragen. Für die kleinen Arbeitgeber, die die Mehrzahl ausmachen, sei diese Mehrbelastung geradezu unerträglich. Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft, der in den Krankenkassen mitarbeitet, lehne die Vorlage ab. Zur Invalidenversicherung hatte Giesberts (M. Gladbach) das Referat übernommen. Er sprach sich aufschallend scharf gegen die Behauptung aus, daß die Arbeiter ihre Ämter in den Krankenkassen zu politischen Zwecken mißbrauchen würden. Wenn man derartige Behauptungen, habe man auch die Pflicht, dafür Beweise zu bringen; er glaube, daß alle Parteien es verurteilen würden, wenn Beamte in Versicherungsinstituten solche Vergehen sich zuzuschulden kommen ließen. Umgekehrt bestche aber die Gefahr, daß die Kommunal- und Staatsbehörden einen verstärkten Einfluß mißbrauchen würden, um politischen Einfluß in ihrem Sinne auszuüben. Im übrigen beantragte er als Extrait seines Referats: Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente auf 65 Jahre; Erhöhung der Invalidenrente für Invaliden, die Kinder besitzen; Verbindung des Begriffs der Invalidität mit Berufsunfähigkeit, die jetzigen Bestimmungen sollen nur für Arbeiter mit wechselfendem Berufe bestehen bleiben; bei Festsetzung der Erwerbsgrenze Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse des Rentenbewerbers; Obligatorisierung des Heilverfahrens; Erhöhung der Lohnklassen. Ein Vertreter der Hirsch-Dunderfischen beantragte Ausdehnung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auf die Hausgewerbetreibenden. Dieser letztere Antrag sowie diejenigen Giesberts wurden von dem Kongreß einstimmig angenommen, ebenso verschiedene Resolutionen, welche sich mit den vorstehenden kurz angeordneten Leitlinien der verschiedenen Referenten deckten. Zur Hinterbliebenenversicherung wurde folgender Antrag des Arbeitersekretärs Graf (Frankfurt) angenommen: „1. Da die Hinterbliebenenversicherung an die Invalidenversicherung angegliedert werden soll, ist es dringend notwendig, den Versicherten größeren Einfluß auf die Verwaltung der Versicherungsanstalten einzuräumen. 2. Weil sich die Hinterbliebenenrenten nach der Höhe der Invalidenrenten richten, ist eine Erhöhung dieser Renten doppelt notwendig geworden. 3. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst 5000 Mk. nicht übersteigt. 4. Unzulässigkeit aller privaten Ersatzinstitute. 5. Die Zahl der Beitragsklassen ist entsprechend der Verdienstgrenze zu erhöhen. 6. Witvenrente soll jede Witve nach dem Tode des versicherten Ehepartners erhalten, sobald der Anspruch feststeht. Die Rente für eine erwerbsfähige Witve soll nicht unter 180 Mk. pro Jahr, die Rente einer Invalidenwitve nicht unter 360 Mk. pro Jahr betragen. 7. Eine Kinderrente darf nicht unter 180 Mk. pro Jahr betragen. 8. Den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zurzeit seines Todes nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente zu. 9. Zur Aufbringung der Mittel sind die Beiträge und der Staatszuschuß entsprechend zu erhöhen und die Gemeinden nach ihrer Steuerleistungsfähigkeit heranzuziehen.“ Nach Einsetzung einer Kommission, die

während der Beratung der Reichsversicherungsgesetze mit dem Reichstag und den Behörden in Fühlung bleiben soll, wurde der Kongreß geschlossen.

**Eingänge.**

Johannisfestdruckeraustausch. Ein recht geschmackvolles Einladungszirkular zum diesjährigen Austausch der Johannisfestdruckchen von A. Rüttner in Leipzig-M., Eisenbahnstraße 11.

**Briefkasten.**

N. B. C. 100: Sie können nichts machen, wenn das Geschäft den ganzen Betrag abzieht. Es wäre nur etwas anderes, wenn Sie bezüglich der Bezahlung bestimmte Abmachungen mit der Firma getroffen hätten. — F. J. in L.-Stätterig: Abgelehnt. Wenn Sie uns auf der Redaktion besuchen wollen, können wir Ihnen die Gründe angeben. — B. E. in Leipzig: 1. Ja, im Adreßbuche der Druckereien Deutschlands von Klümlich & Co. sind die Druckereien der größeren Orte mit Straße und Hausnummer angegeben. 2. Der Katechismus des guten Deutsch von Mathias dürfte wohl Ihren Zwecken entsprechen. Zu beziehen durch R. Härtels Buchverlag in Leipzig-M., Kohlgrabenstraße 48. — R. R. in Hannover: Von goldenen Hochzeit kann der „Korr.“ keine Notiz nehmen. — R. Et. in Jittau: 2 Mk. — M. B.: 9,65 Mk.

Verichtigung: In dem Bericht über den Dergau-tag in Nr. 57 soll es auf der zweiten Seite heißen, daß die Remuneration für den Hilfskassierer auf 300 Mk. (nicht 30 Mk.) erhöht wurde.

**Bericht über die Wirksamkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im I. Quartale 1909.**  
(Veröffentlicht vom Tarifamte der Deutschen Buchdrucker.)

Arbeitsnachweis zu:	Durchschnittl. arbeitslos pro Woche im:			Bermittelt wurden im:									
	Januar		Febr.		März		Januar		Febr.		März		
	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	S.	Dr.	
Altenburg	18	5	20	4	15	3	2	—	—	—	—	2	1
Augsburg	6	2	7	1	8	1	5	—	—	—	—	—	—
Barmen	8	6	10	2	6	1	17	—	—	—	6	1	8
Berlin	13	2	11	8	4	6	7	2	6	1	14	—	—
Bielefeld	623	160	444	158	208	127	271	102	288	110	413	114	144
Braunschweig	10	2	5	2	4	2	12	1	15	11	10	—	—
Bremen	12	3	18	3	9	3	4	—	—	—	16	1	2
Darmstadt	10	6	6	4	3	4	12	2	13	2	10	—	—
Düsseldorf	21	8	15	5	11	4	4	—	—	—	17	1	10
Erfurt	7	16	33	12	9	14	50	11	46	11	47	5	1
Halle a. S.	15	8	25	4	28	5	23	4	6	—	24	1	—
Hannover	9	9	7	1	1	8	—	—	—	—	6	2	8
Hildesheim	10	1	7	1	1	8	—	—	—	—	11	1	8
Köln	4	1	1	2	2	12	—	—	—	—	8	1	2
Königsberg	6	4	3	4	3	3	14	—	—	—	3	2	10
Krefeld	77	17	36	28	17	21	95	11	78	14	64	15	16
Leipzig	10	3	6	3	4	2	7	—	—	—	15	6	6
München	8	3	7	4	5	7	17	4	18	2	28	1	—
Nürnberg	3	—	—	1	2	—	4	—	—	—	1	—	5
Osnabrück	35	14	35	10	10	7	46	5	30	3	56	6	—
Potsdam	4	2	6	1	1	1	—	—	—	—	5	3	11
Regensburg	7	2	7	8	3	1	1	—	—	—	1	—	1
Saarbrücken	7	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Siegen	7	4	9	1	9	5	—	—	—	—	6	1	—
Stettin	1	1	4	—	—	—	14	3	1	—	6	1	—
Tübingen	30	6	17	5	6	4	25	11	33	5	40	12	—
Wuppertal	42	21	11	18	4	17	188	28	96	26	181	27	—
Zürich	18	7	25	8	18	8	32	5	18	8	38	7	—
Bayern	1	—	4	—	—	—	1	—	—	—	6	—	—
Brandenburg	3	1	4	1	3	—	—	—	—	—	1	—	—
Preußen	1	3	1	2	1	1	5	—	—	—	2	1	4
Sachsen	8	3	16	3	2	6	4	—	—	—	1	—	2
Schlesien	15	3	12	11	2	6	4	—	—	—	6	—	—
Südwestfalen	15	4	8	4	2	6	21	2	12	1	12	—	—
Westfalen	24	6	28	9	22	7	31	—	—	—	14	2	22
Württemberg	28	3	26	2	10	1	2	—	—	—	6	—	—
Frankfurt a. M.	4	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köln	12	8	6	2	2	3	1	—	—	—	—	—	—
Leipzig	200	56	125	40	76	34	176	40	136	49	149	36	—
Magdeburg	37	10	40	15	22	12	33	8	28	3	38	12	—
Mannheim	13	6	15	7	8	9	6	1	17	2	4	6	—
Münster	2	1	3	2	—	—	—	—	—	—	3	1	—
Münster i. W.	75	26	42	21	21	19	102	21	68	18	95	24	—
Nürnberg	5	—	4	1	1	2	—	—	—	—	3	—	—
Potsdam	4	1	11	1	—	—	—	—	—	—	8	3	—
Regensburg	47	5	29	8	15	10	19	3	27	2	18	4	—
Saarbrücken	5	1	2	—	4	1	12	—	—	—	5	—	—
Siegen	3	2	2	1	2	3	—	—	—	—	6	—	—
Stettin	18	7	8	6	4	3	3	—	—	—	4	1	8
Strasburg	20	6	16	6	5	4	15	2	10	6	18	3	—
Stuttgart	18	3	13	3	2	10	1	—	—	—	12	1	11
Wuppertal	41	8	38	12	7	8	93	17	64	18	114	15	—
Zürich	4	—	6	2	2	3	4	—	—	—	6	1	12

1573/456/1236/492/712/271/1439/290/1202,804/1544/1240

**Im Durchschnitte waren arbeitslos pro Woche:**

Im I. Qu. 1908:	668	Seher	Im I. Qu. 1908:	278	Drucker
II.	994	Seher	II.	285	Drucker
III.	1694	Seher	III.	490	Drucker
IV.	1466	Seher	IV.	405	Drucker
I.	1909: 1174	Seher	I.	1909: 386	Drucker

Außerdem: 30 Maschinenseher, 2 Korrektoren, 32 Schweizerbeger, 32 Stereotypseher.

**Untergebracht wurden:**

Im I. Qu. 1908:	481	Seher	Im I. Qu. 1908:	914	Drucker
II.	2795	Seher	II.	668	Drucker
III.	3209	Seher	III.	768	Drucker
IV.	8359	Seher	IV.	896	Drucker
I.	1909: 4185	Seher	I.	1909: 840	Drucker

Außerdem: 44 Maschinenseher, 12 Korrektoren, 105 Schweizerbeger, 88 Stereotypseher.

**Durch Anschauen oder Vernehmung erhielten Stellung:** 1363 Seher, 388 Drucker, 46 Maschinenseher, 4 Korrektoren, 24 Schweizerbeger, 32 Stereotypseher.

**Nach den Nachschaffungsberichten des Verbandes der Deutschen Buchdrucker arbeitslose Tage am Ort und auf der Reise:**

Im I. Qu. 1907:	107 008	Tage	Im I. Qu. 1908:	129 367	Tage
II.	158 446	Tage	II.	228 418	Tage
III.	250 080	Tage	III.	387 985	Tage
IV.	131 081	Tage	IV.	230 203	Tage

Siehe die Beilage

# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg. Leipzig, den 25. Mai 1909. Nr. 59

### Verband der Deutschen Buchdrucker.

Bilanz am 31. März 1909.

Einnahmen.		Ausgaben.	
In Saldo vortrag vom 31. Dezember 1908	6784669,98	Per Unterstufungen usw.	598320,09
„ Eintrittsgeld, Beiträgen usw.	822085,22	„ Saldo vortrag für 1. April 1909	7008435,11
	<b>Ca. 7606755,20</b>		<b>Ca. 7606755,20</b>

Der Saldo von 7008435,11 Mk. setzt sich zusammen aus 6873230 Mk. in Wertpapieren, deren Verkaufswert 6822242,10 Mk. beträgt, 78104,54 Mk. in bar und 57100,57 Mk. Vorschuß in den Gauen.

Berlin, den 12. Mai 1909.

Gustav Eisler, Kassierer.

Vorstehender Kassenabluß ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Kassenbestand von 2693,42 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Vorstehender Abluß ist von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung befunden worden.

Berlin, den 16. Mai 1909.

Mag Henninger, gerichtlicher Bücherrevisor

Die Revisionskommission: Eugen Gegus. E. Gordian. H. Wielepp.

beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

### Quittung über im 4. Quartale 1908 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder.

Gau	Einnahmen								Ausgaben																		
	Eintrittsgeld		Ordnentliche Beiträge		Ordnungsstrafen		Vors. resp. Zuzusch. pro 4. Quartale 1908		Zusammen	Unterstütz. an Reisende	Unterstützung an Arbeitslose	Unterstützung nach § 2 der B. Beschlässe und Unzulage	Unterstützung an Kranke	Unterstütz. an Unzulade	Vergütungsgeld	Verwaltung usw.	Büroabf. d. Vorjahr pro 1. Quartal 1909	In die Hauptkasse eingekauft									
	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h					
Bayern	39	56573	40	46	60	4551	70	61210	70	6470	50	17370	25	697	50	17283	15	6287	25	2400	—	1721	87	—	—	8980	18
Berlin	105	13067	10	118	—	10000	—	140290	10	1376	80	56113	—	1177	—	49127	50	11477	—	3350	—	3980	70	—	—	13688	10
Dresden	37	26306	30	6	—	3000	—	29340	30	1229	60	8266	75	236	—	5456	96	3849	—	750	—	879	55	—	—	8681	44
Elßaß-Lothringen	17	14454	—	13	—	3596	—	18080	22	635	60	1311	75	447	—	3711	40	1744	50	700	—	733	07	3796	90	5000	—
Erzgebirge-Vogtland	15	17548	30	—	—	4000	—	21563	30	738	05	3108	—	451	—	2957	60	506	—	—	—	531	30	2000	—	11271	35
Frankfurt-Hessen	32	30606	40	12	—	10000	—	40650	40	1396	60	7619	75	582	—	8203	95	1094	—	150	—	919	51	9000	—	11684	59
Hamburg-Altona	17	28905	40	4	20	—	—	28926	60	796	50	7934	75	163	—	3738	—	3068	25	850	—	867	80	—	—	11508	30
Hannover	26	29978	30	16	40	2000	—	32020	70	2656	20	4546	25	658	—	4592	80	5674	75	400	—	962	34	3000	—	9530	36
Leipzig	49	63117	30	17	—	—	—	63183	30	990	70	19241	75	737	50	15850	50	7884	75	300	—	1895	—	—	—	16282	80
Mecklenburg-Vibbed	23	7892	60	—	—	42	90	7958	50	720	35	800	25	168	—	932	80	1944	75	400	—	237	45	154	90	2600	—
Mittelrhein	35	36731	20	11	80	1500	—	38278	—	1859	60	6536	—	393	—	9499	65	3284	25	650	—	1291	42	—	—	14764	08
Nordwest	18	18720	80	—	—	5000	—	18738	80	784	40	3075	75	525	—	2994	35	1046	50	100	—	612	14	3000	—	6600	66
Oberrhein	15	16995	80	2	80	4600	—	21613	60	1514	05	3199	—	391	—	3616	20	1282	50	400	—	697	31	6000	—	4513	54
Ober	41	25566	50	5	80	3000	—	28613	30	1766	80	4755	50	445	—	4341	—	1103	—	400	—	303	80	3000	—	12098	20
Osterland-Thüringen	24	25668	—	10	75	3000	—	28702	75	1867	35	3283	75	475	—	5274	20	1883	25	100	—	776	44	3000	—	12042	76
Ostpreußen	14	7890	70	—	—	—	—	7904	70	197	40	1704	—	—	—	1681	40	1954	—	—	—	291	44	—	—	2076	46
Posen	13	5565	80	5	—	338	19	5921	99	283	55	853	75	222	—	1814	60	682	50	—	—	167	36	551	40	1346	83
Rheinland-Westfalen	196	90661	95	—	—	—	—	90537	95	3478	40	15200	50	1575	—	18183	40	2436	75	500	—	2828	34	—	—	46655	56
An der Saale	56	33950	40	15	40	6000	—	40021	80	1229	50	7310	—	442	—	8078	—	1708	25	200	—	1041	49	7000	—	13014	56
Schlesien	62	26401	60	4	80	3690	—	30157	40	2089	05	8687	75	475	—	6475	10	4413	50	500	—	842	23	5000	—	1874	77
Schleswig-Holstein	11	12149	20	—	—	1000	—	13160	20	633	80	2199	—	259	—	1923	60	1267	—	170	—	364	38	1000	—	5343	42
Westpreußen	13	5726	60	9	80	884	32	6633	72	234	85	627	25	114	—	1312	90	414	—	100	—	367	13	363	59	3100	—
Württemberg	36	38855	65	8	—	3435	08	42334	73	1658	20	9352	50	346	—	11117	60	5048	75	800	—	1277	90	2733	78	10000	—

Anmerkung: Die Rückzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, die Ausgaben für Rechtschutz, Agitations- und Reisekosten sowie sonstige Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzugerechnet. — Gesamtzahl der steuernden Mitglieder: 56458.

### Bewegungsstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im 4. Quartale 1908.

Gau	Eingang der abrechnung	Mitglieder im 4. Q. 1908		Mitglieder im 1. Q. 1909		Zugewinn	Som. Mitglieder	Wegverlust	Sum. Mitglieder	Zugewinn	Wegverlust	Sum. Mitglieder	Konditionslos am 1. Q.	Zugewinn	Wegverlust	Sum. Mitglieder	Konditionslos am 1. Q.	Zugewinn	Wegverlust	Sum. Mitglieder
		Mitgl.	Zugew.	Mitgl.	Zugew.															
Bayern	20./2.	4254	51	14	235	28	203	58	17	7	9	13	4275	659	18088	512	12554			
Berlin	1./3.	10125	181	44	256	27	147	96	12	55	12	12	10299	2058	61047	1276	36449			
Dresden	28./2.	1945	24	9	127	33	90	39	2	6	1	5	1995	354	8533	171	3943			
Elßaß-Lothringen	17./2.	1067	22	7	68	14	53	28	2	8	—	2	1085	75	1542	136	2730			
Erzgebirge-Vogtland	3./2.	1268	15	9	130	6	96	16	1	4	—	—	1311	135	3576	105	2108			
Frankfurt-Hessen	27./3.	2362	13	14	140	14	115	37	2	13	1	1	2374	292	8120	245	6170			
Hamburg-Altona	1./2.	2125	11	8	118	11	66	23	8	15	—	2	2159	372	8001	149	2751			
Hannover	27./3.	2207	23	7	202	11	145	30	7	2	1	1	2264	250	4066	174	3262			
Leipzig	8./3.	4675	30	11	196	112	159	102	7	2	2	2	4760	333	19152	433	13356			
Mecklenburg-Vibbed	10./2.	549	12	7	73	2	59	11	1	4	—	1	567	57	864	32	804			
Mittelrhein	26./2.	2704	29	7	346	10	309	62	7	14	2	4	2707	305	7349	274	7256			
Nordwest	21./3.	1028	14	4	110	4	112	22	4	7	—	1	1014	123	3707	100	2355			
Oberrhein	28./2.	1240	17	6	145	7	112	21	3	7	—	2	1270	137	3052	109	2570			
Ober	21./3.	1822	59	11	339	20	420	35	8	5	2	3	1778	246	4748	155	3363			
Osterland-Thüringen	6./3.	1865	15	5	187	13	151	44	4	1	1	1	1883	208	3868	176	3811			
Ostpreußen	28./2.	590	16	4	30	7	25	14	1	4	—	1	602	83	1818	74	1383			
Posen	15./3.	419	9	4	42	—	44	9	—	3	—	—	418	47	879	51	1282			
Rheinland-Westfalen	27./3.	6605	149	56	512	50	368	130	32	55	2	3	6682	683	13160	582	14379			
An der Saale	16./2.	2482	44	16	226	32	170	56	14	4	2	3	2551	463	7421	258	5770			
Schlesien	3./3.	1969	48	14	218	12	214	36	2	9	2	4	1994	335	8344	186	4912			
Schleswig-Holstein	23./2.	354	6	4	111	15	97	15	2	1	1	2	872	95	1864	61	1374			
Westpreußen	5./3.	408	18	3	33	5	26	11	3	1	1	1	425	43	737	30	1012			
Württemberg	8./2.	2920	28	13	136	38	105	73	7	9	3	5	2933	326	9324	322	7918			

stand die Unterstützung nach § 2 der Beschlässe b resp. eine einmalige Arbeitsunterstützung.

2. Unzulagekosten. Einen Beitrag zu den Kosten ihres Unzulage erhielten im Gau Bayern 20 Mitglieder, Berlin 8, Dresden 8, Elßaß-Lothringen 7, Erzgebirge-Vogtland 8, Frankfurt-Hessen 7, Hamburg-Altona 3, Hannover 4, Leipzig 5, Mecklenburg-Vibbed 3, Mittelrhein 12, Nordwest 7, Oberrhein 7, Ober 10, Osterland-Thüringen 8, Posen 2, Rheinland-Westfalen 48, An der Saale 22, Württemberg 10 Mitglieder, zusammen 230 Mitglieder.

3. Rechtschutz wurde je einem Mitglied im Gau Osterland-Thüringen und Ostpreußen bewilligt.

4. Krankenunterstützung. Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden 10 Mitglieder im Gau Bayern, 45 Mitglieder im Gau Berlin, 2 Mitglieder im Gau Dresden, 3 Mitglieder im Gau Elßaß-Lothringen, 3 Mitglieder im Gau Frankfurt-Hessen, 1 Mitglied im Gau Hamburg-Altona, 3 Mitglieder im Gau Hannover, 8 Mitglieder im Gau Leipzig, 2 Mitglieder im Gau Mittelrhein, 1 Mitglied im Gau Oberrhein, 1 Mitglied im Gau Ober, 1 Mitglied im Gau Osterland-Thüringen, 1 Mitglied im Gau Posen, 4 Mitglieder im Gau An der Saale, 2 Mitglieder im Gau Schlesien, 1 Mitglied im Gau Westpreußen und 3 Mitglieder im Gau Württemberg (zusammen 91 Mitglieder) mit Entziehung von einem bis sieben Tage Krankenunterstützung bestraft. In 3 Fällen wurde Entzug der Unterstützung für die Dauer der Krankheit ausgesprochen.

5. Invalidenunterstützung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 23. August 1905 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die betreffende Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 31-jährige Seiger Johann Falschinger aus München (Lungen tuberkulose), 2. der 46-jährige Seiger Jakob Fischer aus München (Kehlkopf- und Luftröhrenkatarrh), 3. der 65-jährige Zeitungskorrespondent Joseph Kempert aus Würzburg (Nierenleiden und Herzschwäche)

\* Die Bewegungsstatistik der sich auf der Reise befindlichen (hier nicht eingetragenen) Mitglieder siehe „Korr.“ Nr. 9, 23 und 41 von 1909. — Im Schlusse des 4. Quartals 1908 verließen auf der Reise 115 Mitglieder, der Gesamtmitgliedenstand betrug demnach am 31. Dezember 1908: 56322.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im vierten Quartale 1908.

1. § 2-Unterstützung. Für 1 Mitglied im Gau Berlin, 10 im Gau Leipzig, 1 im Gau Nordwest, 1 im Gau Osterland-Thüringen, 14 im Gau Rheinland-Westfalen und 2 im Gau Schlesien (zusammen 29 Mitglieder), welche infolge Tarifdifferenzen oder wegen ihrer Verbandsangehörigkeit die Kondition verloren, bewilligte der Vor-

